

OHNE MITSPRACHE UND TRANSPARENZ

WIRD DAS NIX

Wohin mit dem Atommüll?

- 1900 Behälter mit hochradioaktivem Atommüll lagern in ganz Deutschland unter unzureichenden Bedingungen.
- Gesucht wird ein möglichst sicheres Atommüll-Lager – doch das aktuelle Suchverfahren weist zahlreiche Mängel auf.

Der BUND kritisiert das aktuelle Verfahren

Die Suche nach einem Atommüll-Lager in Deutschland wurde 2017 neu begonnen. Mit dem „Zwischenbericht Teilgebiete“ (veröffentlicht am 28.9.2020) wird zum ersten Mal die Öffentlichkeit eingebunden. In dem Zwischenbericht wird eine Vorauswahl geeigneter Gebiete vorgestellt, die für ein sogenanntes Endlager* infrage kommen. Weder der BUND noch andere Verbände wurden dabei einbezogen. Eine unabhängige Prüfung der Gebietsauswahl war deshalb nicht möglich.

Nach drei Jahren hinter verschlossenen Türen soll es nun ganz schnell gehen. Nach der Veröffentlichung des Zwischenberichtes haben die Betroffenen nur wenige Monate, um ihre Anliegen auf der „Fachkonferenz Teilgebiete“, einzubringen. Dieser Zeitraum ist viel zu kurz, um sich in den komplexen, geologischen Bericht einzuarbeiten. Auch stehen nicht alle Daten öffentlich zur Verfügung. Unklar ist zudem, ob und wie Kritik im weiteren Verfahren berücksichtigt wird.



GEEIGNETE? TEILGEBIETE

Das intransparente Verfahren ließ eine Beurteilung für den BUND bisher nicht zu.

** Der Begriff „Endlager“ täuscht eine Lösung vor, die es nicht geben kann. Kein Ort wird für eine Million Jahre vollständige Sicherheit und ein „Ende“ des Atommülls gewährleisten.*

Die Fachkonferenz bietet keinen Dialog und keine Mitsprache auf Augenhöhe. Um eine ernst gemeinte Beteiligung sicherzustellen, wäre es zumindest notwendig, Betroffenen und Umweltverbänden Zeit und finanzielle Mittel für eigene Gutachten zur Verfügung zu stellen. Das gescheiterte Endlagerprojekt in Gorleben mahnt: Unter solchen Voraussetzungen wird die Suche nicht gelingen.

Die Suche nach einem Atommüll-Lager

Bis zum Jahr 2031 soll ein Standort gefunden werden. Aktuell befinden wir uns in der ersten von drei Phasen – der Auswahl von Teilgebieten, die günstige Bedingungen für eine Lagerung bieten.



Atommüll ist und bleibt hochgefährlich

Atommüll ist aufgrund seiner Strahlung und chemischen Zusammensetzung extrem gesundheitsschädigend – und das über Hunderttausende Jahre. Schon das Einatmen eines tausendstel Gramms Plutonium-239 kann zu Lungenkrebs führen. Daher muss der Müll für lange Zeiten möglichst sicher gelagert werden. Um das Problem nicht zu vergrößern, darf jenseits medizinischer Notwendigkeiten kein Gramm Atommüll mehr hinzukommen. Der BUND fordert daher einen endgültigen und sofortigen Atomausstieg – auch aus der Urananreicherung, der Brennelementefertigung und der Atomforschung.

Wir brauchen ein Atommüll-Lager innerhalb Deutschlands

Politik und Atomindustrie haben über Jahrzehnte auf den ungeeigneten Standort Gorleben gesetzt. Mit dem Neustart der Suche wurden auch angebliche Alternativen zu einem Endlager diskutiert, wie Export oder Transmutation. Mit einem Export würden die Lasten des deutschen Mülls in verantwortungsloser Weise auf andere Staaten abgewälzt. Transmutation ist eine Illusion, denn eine funktionierende Anlage ist nicht absehbar. Nach Stand der aktuellen Forschung ist eine tiefengeologische Lagerung in Salz, Ton oder Kristallin die beste Option. Der BUND fordert, den aus wissenschaftlicher Sicht sichersten Ort innerhalb Deutschlands für ein Endlager auszuwählen.

Es wird keinen Standort geben, der keine Nachteile hat

Jeder Gesteinstyp hat seine Vor- und Nachteile. Ton lässt kaum Wasser durch, leitet allerdings schlecht die entstehende Wärme ab. Salz umschließt einerseits die Abfälle gut, andererseits ist es wasserlöslich und kann aggressive radioaktive Laugen bilden. Kristallin (Granit) ist sehr stabil und wärmeunempfindlich. Allerdings kann Wasser eindringen, was eine zweite Barriere nötig macht. Der BUND fordert, dass alle drei Gesteinsformen gleichberechtigt untersucht werden. Ein pauschaler, politisch motivierter Ausschluss ist ebenso unzulässig, wie ein Ausscheiden aufgrund fehlender Daten.

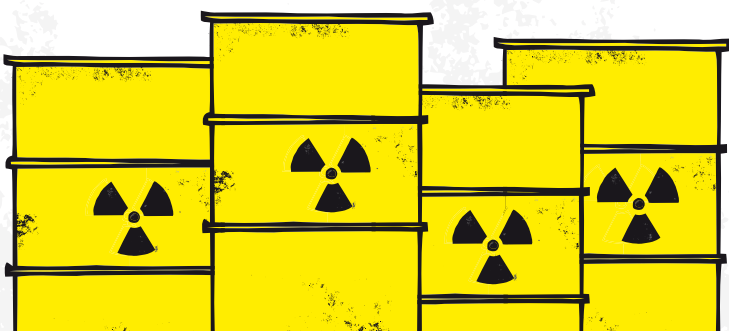
Es braucht den bestmöglichen Umgang mit Atommüll

Wichtig für das Gelingen der Standortsuche ist die Beteiligung der Bürger*innen. Der BUND hat folgende Mindestanforderungen für die Suche aufgestellt:

- Bei der **Standortauswahl ist größtmögliche Sicherheit** das oberste Gebot
- Die Suche muss nach **wissenschaftlichen Kriterien** erfolgen und zum abwägenden Vergleich mehrerer Standorte führen. Politische Interessen dürfen keine Rolle spielen.
- Die **Öffentlichkeit** muss schon vor der ersten Fachkonferenz Zugang zu allen verwendeten geologischen Daten bekommen und über den gesamten Auswahlprozess hinweg auf Augenhöhe und ohne Zeitdruck beteiligt werden. Ihr müssen dabei ausreichend Klagemöglichkeiten eingeräumt werden.

Werden Sie aktiv!

- **Machen Sie mit:** Seit seiner Gründung kämpft der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gegen die Hochrisikotechnologie Atomkraft und ihre Hinterlassenschaften. Vor Ort engagieren sich Aktive in rund 2000 Ortsgruppen. Bestimmt ist auch eine in Ihrer Nähe. Machen Sie mit, am besten als BUND-Mitglied: www.bund.net/mitgliedwerden
- **Unterstützen Sie die Arbeit des BUND mit einer Spende:** BUND-Spendenkonto:
GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE 43 4306 0967 8016 0847 00
BIC: GENODEM1GLS
Stichwort: Gegen Atomkraft



Informieren Sie sich!

bund.net/endlagersuche